

Österreich ist seit dem 1. Januar 1995 Mitglied der Europäischen Union. Der Weg dahin war nicht einfach. Er konnte - nach mehrfachen Versuchen seit der Wiedereingliederung der Souveränität - erst nach dem Zerfall der Sowjetunion (als der östlichen der vier Signatarmächte des österreichischen Staatsvertrages) beschritten werden. Daß Moskau Vorbehalte gelegentlich willkommene Argumente gegen eine (zu) enge Anlehnung an westeuropäische Institutionen lieferten und die 1955 eingegangene Verpflichtung zur „immerwährenden Neutralität“ auch heute noch als selbstgewählte ideologische Sperre wirkt - vor allem bei der SPÖ -, das weisen insbesondere Michael Gehler und Rolf Steininger in ihrem Sammelband „Österreich und die europäische Integration 1945-1993“ nach. Weniger bekannt ist, daß auf westlicher Seite - vor allem französische Widerstände - nicht minder gravierende Hemmnisse für die österreichische Westintegrationspolitik bestanden. Nachweise dieser Art sind in dem von Friedrich Koja und Otto Pfersmann herausgegebenen Sammelband „Frankreich-Österreich. Wechselseitige Wahrnehmung und wechselseitiger Einfluß seit 1918“ zu finden. Trotz vieler Vorbehalte und Widerstände entschied sich bzw. konnte sich die österreichische Bevölkerung am 12. Juni 1994 in einem Referendum für die Mitgliedschaft in der EU entscheiden.

Optionen

Günter Bischof vertritt in seinem Aufsatz „Österreich - ein geheimer Verbündeter des Westens?“ die Auffassung, daß die Österreicher und die Besatzungsmächte zwischen vier grundsätzlichen Optionen schwankten, als sie sich über Österreichs künftige internationale Lage Gedanken machten:

Erstens: eine Eingliederung Österreichs in den Donauraum, was aber die zunehmende Sowjetisierung dieser Region nach dem Zweiten Weltkrieg unmöglich machte; zweitens: ein Anschluß an Deutschland, der nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges nur mehr von wenigen gewünscht wurde; drittens: Österreichs Westintegration, die aber durch die zunehmende Militarisierung der Machtblöcke im Kalten Krieg von den Sowjets strikt abgelehnt wurde; viertens: eben die Kompromißformel von „Neutralität und Blockfreiheit“, die vom Westen wegen eines befürchteten militärischen Vakuums im Herzen Europas nicht gerne gesehen wurde.

Die Optionen entsprachen zu Beginn der 50er Jahre nur bedingt dem Volkswillen. In einer von der amerikanischen Besatzungsmacht im Jahre 1952 durchgeführten Umfrage über die künftige Ausrichtung des Landes plädierten 32 Prozent der Bevölkerung für den Beitritt zu „den Vereinigten Staaten von Europa“, während demgegenüber nur 25 Prozent ein souveränes, unabhängiges Österreich vorzogen (die Frage wurde nicht gestellt, ob dieses unabhängige Österreich auch neutral sein sollte). Fünf Prozent träumten von einer Donauföderation, während immerhin noch 15 Prozent den Anschluß an Deutschland wünschten.

Nach Lage der Dinge setzte sich die Option „Neutralität und Blockfreiheit“ durch. Dies nicht zuletzt deswegen, weil die österreichische Regierung alles daransetzte, dem Land das Schicksal der deutschen Teilung zu ersparen. Neutralität und Blockfreiheit waren die Chance, die Einheit Österreichs zu bewahren und die Unabhängigkeit wiederherzustellen.

Containment

Wie Deutschland unterlag auch Österreich in den 50er Jahren den Globalstrategien der Weltmächte. Während die USA die „Containment- bzw. Roll-back-Politik“ proklamierten, war die

Die Alpenrepublik zwischen Neutralität und Europäischer Union

Österreichs geopolitische Lage im Wandel

Von Heinz Brill

sowjetische Sicherheitspolitik von einer neuen „Einkreisungsfurcht“ gekennzeichnet. Eine Zeitlang schien es, als akzeptiere die Sowjetunion das Prinzip der „Containment-Politik“. Aber bereits mit der „Deutschland-Note“ Stalins vom 10. März 1952 begann eine Periode sowjetischer Gegenmaßnahmen mit dem Ziel, durch das Ausbrechen einzelner Staaten aus der Front der amerikanischen „Containment-Politik“ den Wall zu durchstoßen, den diese Politik um den Raum der sowjetischen Einflusssphäre zu legen drohte.

Um die Bedingungen und Voraussetzungen beim Abschluß des österreichischen Staatsvertrages zu verstehen, ist der Vorschlag des sowjetischen Außenministers Molotow vom 12. Februar 1954 von besonderer Bedeutung, der dahin ging, Österreich keine Mitgliedschaft in Militärbündnissen und auch nicht die Errichtung ausländischer Militärbasen auf seinem Territorium zu gestatten. Darüber hinaus beharrte Molotow aus militärischen Erwägungen auf einer von außen auferlegten Neutralisierung Österreichs und auf ausreichenden Garantien gegenüber einem „neuen Anschluß“ an Deutschland. Die Regierung Raab erklärte sich nach langwierigen Verhandlungen mit Moskau zur Annahme dieser Forderungen bereit. Dennoch kam der schnelle Abschluß der letzten Phase der Vertragsverhandlungen (1954/55) für viele Beobachter überraschend.

Über die vermutlichen Motive, die die sowjetische Österreich-Politik im Frühjahr 1955 zum Abschluß des Staatsvertrages bewegen haben, sind in der Zwischenzeit immer wieder Spekulationen angestellt worden. Eine kritische Wertung der bekanntesten Argumente läßt aber durchaus den Schluß zu, daß die wesentlichen Beweggründe im Bereich der Geopolitik und Geostrategie zu suchen sind.

Bruno Kreisky schreibt hierzu in einem bemerkenswerten Aufsatz: „Deutschland - viergeteilt?“ ... ich möchte einen Eindruck nicht verhehlen, der sich mir oft in Gesprächen mit sowjetischen Staatsmännern aufdrängte: Auf sowjetischer Seite sieht man Deutschland nicht dreigeteilt, sondern, so glaube ich, viergeteilt: die Bundesrepublik, die DDR, das Deutschland jenseits der Oder-Neiße-Linie und Österreich. Auf sowjetischer Seite fürchtet man, daß, wenn es ein vereinigtes Deutschland mit über 70 Millionen wieder gibt, es danach streben werde, eins der 80 Millionen zu werden - was nur durch eine neuerliche Einverleibung Österreichs möglich wäre. Österreichs Selbstständigkeit und Neutralität sind die Voraussetzungen seiner qualifizierten Unabhängigkeit, und in dem Maße, als diese außer Streit steht, wird das Argument der Sowjetunion - und übrigens nicht nur der Sowjetunion - von der ständigen Aktualität pangermanischer Bestrebungen seines Inhalts beraubt.“ (Bondy, S. 35f.)

So können folgende sowjetische Motive für wesentlich erachtet werden:

◇ Mit der Neutralisierung Österreichs einen vom Neusiedler See bis zum Genfer See reichenden Keil durch Zentraleuropa zu legen, der die militärischen Verbindungslinien zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien zerschneit.

Dulles und auch Eisenhower waren zu dieser Zeit hingegen der Meinung, die Sowjetunion sei in der Österreichfrage zum ersten Male vor der amerikanischen „Politik der Stärke“ zurückgewichen, und sie erwogen, die zentral- und osteuropäischen Staaten in einen neutralen Staatengürtel in Europa einzugliedern und sie dadurch vom sowjetischen Druck zu befreien. Tatsächlich aber konnte die Sowjetunion mit der Annahme ihres Lösungsvorschlages, der zur Räumung Österreichs von alliierten Truppen führte, einen strategischen Gewinn erzielen. Denn über West-Österreich - vor allen Dingen Salzburg und Tirol - liefen damals wichtige Versorgungslinien der in Süddeutschland stationierten NATO-Truppen. Mit dem Zustandekommen des Staatsvertrages waren die amerikanischen Divisionen in Bayern von ihren italienischen Nachschubhäfen abgeschnitten.

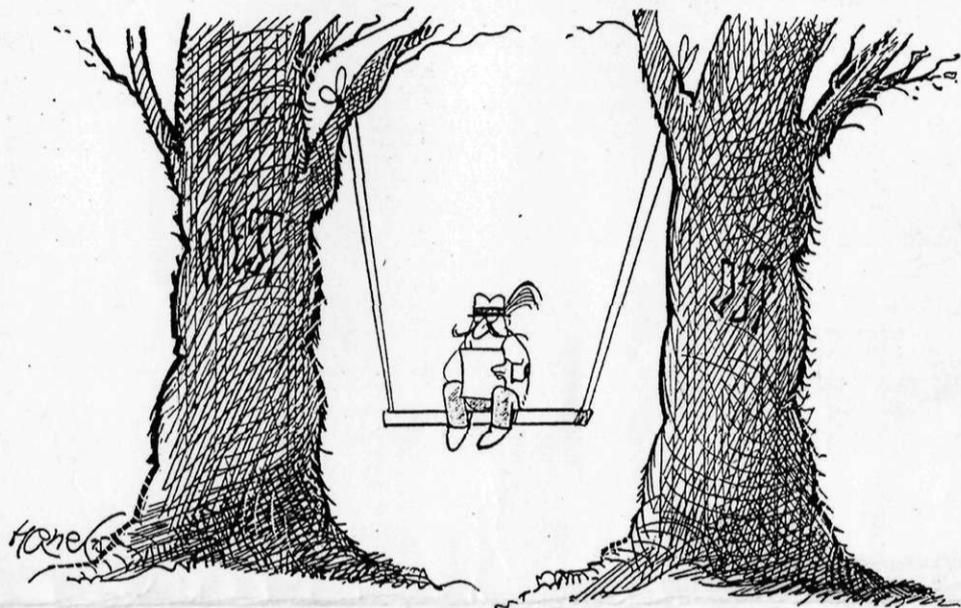
◇ Nicht minder bedeutsam dürfte die Überlegung gewesen sein, die Gruppe der nichtkommunistischen, aber blockfreien und neutralen Staaten durch ein weiteres Mitglied aufzuwerten und der von Chruschtschow während der Vorbereitungsphase der Genfer Gipfelkonferenz besonders aktiv betriebenen Politik der friedlichen Koexistenz „eine größere Glaubwürdigkeit zu verleihen.“

Ausdruck des Kampfes zweier gesellschaftlicher Systeme“ verstanden, schloß die Bildung eines neutralen Staatengürtels außerhalb des direkten sowjetischen Herrschaftsbereichs, einer „Friedenszone“, ein. Im österreichischen Staatsvertrag war damit für die in der sowjetischen Außenpolitik der späten 50er Jahre breiten Raum einnehmende Neutralität als Maxime der Koexistenz ein beispielgebendes Modell gefunden worden.

◇ An einer Spaltung des Landes und der Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen in die sich damals neu formierende NATO konnten die sowjetischen Politiker nicht interessiert sein. Eine relativ offene Tür für die in der Westem mit der Möglichkeit einer beschränkten Einflusnahme auf ganz Österreich war

reich ist vor allem von der veränderten Bedrohungslage nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa bestimmt. Der Generaltruppeninspektor des österreichischen Bundesheeres, General Karl Majcen schätzte Österreichs geostrategische Lage im Jahre 1993 wie folgt ein:

„Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß sich die geostrategische Lage Österreichs wesentlich von der anderer Kleinstaaten in Europa unterscheidet. Geostrategisch liegt unser Land im Zentrum des Kontinents. Mit seinen Grenzen zu acht Nachbarstaaten reicht es von Mitteleuropa (Schweiz, Liechtenstein, Deutschland, Italien) bis nach Ostmittel- und Südosteuropa (Tschechien, Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien). Österreich



innen wichtiger als die totale Herrschaft nur über den Ostteil des Staates.

◇ Mit Abschluß des „Staatsvertrages“ waren die „westlichen“ Erwägungen, einen „Anschluß“ des westlichen Teils Österreichs an die Bundesrepublik Deutschland vorzunehmen, wenn die Sowjetunion zur Spaltung Österreichs schreiten sollte, hinfällig geworden.

◇ Die während der Zeit des Ost-West-Konfliktes oft geäußerte Vermutung, daß der Krell in seinem Spiel um Deutschlands Zukunft die von Wien vertretene Neutralitätspolitik lediglich als einen Schwebestand zwischen den Fronten betrachtete, erwies sich als nicht stichhaltig.

Neutralität

Festzustellen bleibt: Eine Beendigung der Besetzung unter Vermeidung einer Teilung des Landes erschien nur dadurch möglich, daß Österreich aus den beiden antagonistischen Gruppierungen des „Ostens“ und des „Westens“ herausgehalten wurde. Als Formen für die Realisierung dieses politischen Erfordernisses boten sich das im Artikel vier des Staatsvertrages niedergelegte Verbot eines „Anschlusses“ Österreichs an Deutschland und das Rechtsinstitut der dauernden Neutralität. Die 1955 fixierte internationale Position Österreichs zeigt aber auch, daß sie unter den Bedingungen des globalen Gleichgewichts der Supermächte, zur Entspannung und der Aufrechterhaltung des Friedens und der politischen Balance in Zentraleuropa eine wichtige Rolle spielte.

Nach Auffassung der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung waren Staatsvertrag und Neutralität die unter den damaligen (und heutigen) politischen Bedingungen günstigste Lösung für Österreich. Auch Bundeskanzler Kreisky vertrat die Auffassung, daß „die Neutralität für Österreich aus seiner historischen, geographischen und wirtschaftlichen Lage die adäquate außenpolitische Maxime“ sei. Da man sich den geographischen Standort eines Landes nicht aussuchen kann, sehen auch viele Österreicher wenig Sinn darin, mit der Geographie oder sonstigen äußeren politischen Bedingungen zu hadern. „Die großen weltpolitischen Entwicklungen“, so bemerkt Hans Mayrzedt, „können wir nicht wesentlich beeinflussen“. Davon zu sprechen, daß die äußeren Bedingungen eine bestimmte Lösung „erzwingen“ hätten bzw. daß ein „realpolitischer Zwang“ vorgelegen habe, ist für ihn „sehr mißverständlich“, und es sollte daher besser unterbleiben. Ein „Zwang“ werde durch Staaten oder andere Kräfte ausgeübt, aber nicht durch Bedingungen. Eher werde durch die äußeren Bedingungen eine bestimmte Lösung nahegelegt.

Sicherheit

Österreichs geopolitische Lage hat sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes grundlegend geändert. Die sicherheitspolitische Debatte in Öster-

wird neben Griechenland und Italien das einzige künftige EWR- bzw. EG-Mitglied sein, das an die Konfliktzone Balkan grenzt. Zusätzlich grenzt es aber auch an die Konfliktzone eines sich neu herausbildenden ‚Zwischeneuropa‘ und besitzt diesbezüglich die geringste geographische Distanz aller westeuropäischen Staaten zur GUS: Die Entfernung der österreichischen Bundeshauptstadt zur ukrainischen Grenzstadt Uzzorod ist mit etwa 40 km Luftlinie geringer als jene zur Landeshauptstadt Bregenz (rund 500 km Luftlinie). 1.259,2 km oder 46,52 Prozent seiner insgesamt 2.764 km langen Staatsgrenze teilt Österreich mit ehemals kommunistischen Staaten. Österreich hat heute als einziger Staat Westeuropas vier Nachbarn aus diesem Bereich.

Österreich liegt an der Bruchlinie unseres de facto immer noch geteilten Kontinents, an der Wohlstandsgrenze zwischen West und Ost, umgeben von Konfliktpotentialen, die auch aus der Infrastrukturalien jeder staatlichen Ordnung im Osten und Südosten Europas erwachsen, die auf den Friedensschlüssen der Jahre 1919/20 beruht. Sechs unserer acht Nachbarstaaten weisen politische und/oder ökonomische Instabilitäten auf. Die Alpenrepublik ragt wie eine ‚westliche Halbinsel‘ in die europäischen Krisenregionen und wäre daher aufgrund ihrer exponierten Lage von Eskalationen jeder Art unmittelbar betroffen.“ (Majcen, S. 216-217)

Folgende Regionalkonflikte bedrohen in besonderem Maße Österreichs Sicherheit:

- ◇ der Balkan-Konflikt,
- ◇ die Nachfolgestaaten der CSSR,
- ◇ der slowakisch-ungarische Konflikt,
- ◇ der ungarisch-rumänische Konflikt,
- ◇ der polnisch-ukrainische Konflikt,
- ◇ der bulgarisch-türkische Konflikt,
- ◇ der Konflikt Slowenien-Italien.

Österreichs neue geopolitische bzw. geostrategische Lage Mitte der 90er Jahre war bzw. ist das Hauptmotiv für eine verstärkte Westintegrations- bzw. Europapolitik der Regierung Vranitzky, wirtschaftliche Motive sind sekundär. Die EU wird als „Sicherheitsgemeinschaft“ gegenüber der Österreich umgebenden instabilen Staatenwelt angesehen.

Erste Schritte zu einer europäischen Integration hat Österreich mit der „Zentraleuropäischen Initiative“ (Central European Initiative - CEI) unternommen.

Zentraleuropäische Initiative

Diese geht auf die „Vierierinitiative“ (Quadrilaterale, Quadrialteral Cooperation) Österreichs, Italiens, Jugoslawiens und Ungarns vom 11. November 1989 zurück. Daraus war durch die Einbeziehung der CSFR im Mai 1990 die Pentagonale geworden, dann die Hexagonale, als ab Juni 1991 auch Polen dieser Kooperation beitrug.

Zu den Anfängen neuer Formen einer Kooperation in einem sich wandelnden Europa ist das von Hanspeter Neuhold herausgegebene Buch „The Pentagonal / Hexagonal Experiment“ eine der wichtigsten Informationsquellen.

Ab dem Jahr 1992 wird auf die beteiligte Ländergruppe schließlich mit dem Begriff „Zentraleuropäische Initiative“ (CEI) Bezug genommen. Nach dem Zerfall von Jugoslawien und der CSFR beteiligten sich 1993 an der CEI Bosnien-Herzegowina, Italien, Kroatien, Österreich, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Eines der wichtigsten Ziele sieht die CEI in der vollen Integration der Mitgliedstaaten in die Europäische Union. Bis dahin sollte die Zusammenarbeit zwischen der EU- und den CEI-Mitgliedstaaten, die nicht der EU angehören oder im Aufnahmeverfahren stehen, auf der Grundlage von Europaabkommen erfolgen: Die mit Polen und Ungarn sind mit dem ersten Februar 1994 in Kraft getreten, die mit der Slowakei, der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien sind schon unterzeichnet, die Verhandlungen eines solchen Abkommens mit Slowenien werden aber derzeit durch Italien verzögert.

Grundlagenwissen zu Österreichs CEI-Politik bietet der von Manfred Prisching herausgegebene Sammelband „Identität und Nachbarschaft. Die Vielfalt der Alpen-Adria-Länder“. Darin wird erkundet, ob die historisch-kulturellen Grundlagen ausreichend für die Schaffung einer neuen regionalen Ordnung sind. Die CEI versteht sich als Zusammenarbeit, die die historische und geographische Bande miteinander verbunden sind. Die regionale Zusammenarbeit soll nicht eine Alternative, sondern eine Ergänzung zu den multilateralen Bemühungen nach europäischer Integration in solch breitere Formen wie die OSZE, den Europarat und die Europäische Union sein. Damit wurden die ursprünglichen Ziele Italiens und Österreichs einer Revision unterzogen. Während Italien sich mit Hilfe der CEI eine Stärkung seines Einflusses auf die mitteleuropäische Region zu Lasten Deutschlands versprach, hatten nostalgische Österreicher die Hoffnung, die CEI werde die verlorengegangenen ehemaligen Kronländer Habsburgs wieder enger an Wien binden.

Die Auffassungen über die zukünftige Sicherheitspolitik gehen in der Wiener Koalitionsregierung noch immer weit auseinander. Die SPÖ hält eine Diskussion über die Neutralität für wenig sinnvoll. Dagegen drängt die ÖVP, unterstützt vom Bundespräsidenten und von der FPÖ, immer stärker auf eine Mitgliedschaft in der WEU oder (sogar) in der NATO. Bundeskanzler Vranitzky hielt am 17. Januar 1995 vor dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung einen Vortrag über „Europäische Herausforderungen - europäische Lösungen“.

Vranitzky hob in seinem Vortrag hervor, daß Österreich die Mitgliedschaft in der Union aus der Überzeugung anstrebe, wonach nur durch Gemeinsamkeit auf europäischer Ebene den ökonomischen, ökologischen, sozialen und

Integration

Die Auffassungen über die zukünftige Sicherheitspolitik gehen in der Wiener Koalitionsregierung noch immer weit auseinander. Die SPÖ hält eine Diskussion über die Neutralität für wenig sinnvoll. Dagegen drängt die ÖVP, unterstützt vom Bundespräsidenten und von der FPÖ, immer stärker auf eine Mitgliedschaft in der WEU oder (sogar) in der NATO. Bundeskanzler Vranitzky hielt am 17. Januar 1995 vor dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung einen Vortrag über „Europäische Herausforderungen - europäische Lösungen“.

Vranitzky hob in seinem Vortrag hervor, daß Österreich die Mitgliedschaft in der Union aus der Überzeugung anstrebe, wonach nur durch Gemeinsamkeit auf europäischer Ebene den ökonomischen, ökologischen, sozialen und

Literatur zum Thema

- Michael Gehler / Rolf Steininger (Hrsg.), Österreich und die europäische Integration 1945-1992. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung. Böhlau Verlag, Wien 1993; 544 S., DM 89,-
- Friedrich Koja/Otto Pfersmann (Hrsg.), Frankreich - Österreich. Wechselseitige Wahrnehmung und wechselseitiger Einfluß seit 1918. Böhlau-Verlag, Köln 1994; 328 S., DM 68,-
- François Bondy, So sehen sie Deutschland. Seewald Verlag, Stuttgart 1970; (nicht mehr lieferbar)

sicherheitspolitischen Herausforderungen wirksam begegnet werden könne. Als wohl größte Herausforderung der kommenden Jahre sieht der Bundeskanzler die Erreichung einer europäischen Friedensordnung im weitesten Sinn. Dazu zählt er nicht nur die militärischen Instrumente, sondern auch die innere Sicherheit mit den Stichworten Wanderungsbewegungen, organisiertes Verbrechen, Terrorismus. Die Union werde mit einem solchen Sicherheitsverständnis erkennen, daß jede Hilfe zur Stabilisierung der Reformstaaten eine direkte Investition in die gemeinsame Sicherheit sei. Österreich sei auch aus seinem Selbstverständnis als neutrales Land ein breites und wichtiges Betätigungsfeld. Die Neutralitätspolitik seines Landes hält Vranitzky nicht nur für vereinbar mit der EU-Mitgliedschaft, sondern auch für sinnvoll. Gerade der Neutrale werde in einem gemeinsamen Friedenssystem eine Aufgabe haben, nämlich dann, wenn es darum gehe zu vermitteln, nachdem ein Aggressor in die Schranken gewiesen sei.

Staatssekretärin Ederer erklärte Anfang November 1993, daß Österreich vollinhaltlich auf der Neutralität bestehe. Sie nannte drei „unverzichtbare“ Punkte:

- ◇ Österreich bedingt sich aus, keinem militärischen Bündnis beizutreten.
- ◇ Man wird keine Stationierung fremder Truppen auf dem eigenen Staatsgebiet zustimmen.
- ◇ An militärischen Auseinandersetzungen wird man nicht teilnehmen.

Hingegen sprach sich Verteidigungsminister Fasslabend für den Beitritt Österreichs zur Westeuropäischen Union (WEU) aus. Er sagte: „Die wünschenswerte Vollmitgliedschaft in der WEU erscheint als der für Österreich politisch am leichtesten gangbare Weg zur Teilnahme an einem europäischen Sicherheitssystem“.

Die Westintegration bedeutet größere Sicherheit für die Republik Österreich und zugleich eine Ausdehnung der westlichen Stabilitätszone in Richtung des noch instabilen Ost-, Mittel- und Südosteuropa. Aus dieser Erkenntnis wurde die EG/EU-Mitgliedschaft zunehmend sicherheitspolitisch begründet. So hat das offizielle Österreich die Verträge von Maastricht zur Gründung der Europäischen Union begrüßt und die Absicht seiner vollen Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der sogenannten GASP, bekundet. Andererseits werden insbesondere von Politikern der SPÖ immer wieder „Neutralitätsvorbehalte“ geltend gemacht.

Eine zu stark betonte „Neutralitätspolitik“ könnte jedoch die bekundete „Integration“ be- oder verhindern. Die Republik Österreich wird als EU-Mitglied die

Anzeige

Jetzt raus in die Natur!

Manfred Schmid u.a.
Natur erleben:
Mit dem Rollstuhl unterwegs
Wegweiser zu natürlichen, pflanzlichen und wasserreichen Zonen für Mobilisierbare
Von Frankfurter Rundschau, taz, BUND und NABU empfohlen! In Ihrer Buchhandlung

Von Manfred Schmid, 282 S. DM 24,80. ISBN 3-7785-2313-9

Dieser bundesweit erste Naturführer für Rollstuhlfahrer und andere Menschen stellt 99 „ökologische“ Ausflugsziele in der Rhein-Neckar-Region vor. Das Buch enthält eine Fülle praktischer Tipps: z. B. über Zeitaufwand pro Strecke, Wegbeschaffenheit, Steigungen, Hindernisse etc. 70 Karten weisen den Weg. Etwa 50 Farbfotos regen außerdem den Ausflugs-Appetit an.

Hüthig
Im Weiher 10 · D-69121 Heidelberg

Sensibilität für die geopolitischen und geostrategischen Vorgänge in Ost- und Südeuropa verstärken und dafür sorgen können, daß eine oft rein „westliche“ Betrachtungsweise korrigiert wird.

Gustav Radbruch
Gesamtausgabe in 20 Bänden
Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Arthur Kaufmann
Band 18
Briefe II (1919 - 1949)
Bearbeitet von Prof. Dr. Günter Spendel. IX, 657 Seiten. DM/Sfr 278,- 8S 2.168,- ISBN 3-8114-4794-7
Der zweite Brief-Band umspannt die Weimarer Zeit bis zu Radbruchs Ende im November 1949. Die Briefe geben Zeugnis von Radbruchs Wirken in Berlin und Kiel (1919 bis 1926), beschreiben in Heidelberg die Phase seines aktiven Universitätsdienstes 1926 bis 1933, den erzwungenen Ruhestand (1933 bis 1945) und Radbruchs Reaktivierung bis zur Emeritierung (1945 bis 1949). Der breit angelegte Editionsbericht bietet dem Leser reichhaltige Information, erschließt umfassend die behandelten Themen und Persönlichkeiten, liefert Zusammenhänge, geschichtliche Daten und mannigfach Wissenswertes. Neben dieser Fundgrube geben Hilfestellung die ausführlichen Register, Verzeichnisse von Adressaten, Nachschlagewerken und schließlich eine Zeittafel.

C. F. Müller Heidelberg
Im Weiher 10 · 69121 Heidelberg
Fax 06221 / 489 476